

Grüne Seiten

Zeitung von Bündnis 90/Die Grünen
Grafrath/Kottgeisering



Ausgabe Juli 2018

Wir brauchen mehr bezahlbaren Wohnraum

Wer heute Immobilienanzeigen studiert, wird feststellen, dass es in unserem Raum kaum Mietwohnungen im Angebot gibt. Wenn überhaupt Wohnraum angeboten wird, dann zu Preisen von über 10 Euro/qm. Im östlichen Landkreis mit etwas mehr Angeboten liegen die Mietpreise inzwischen bei 10 - 16 Euro – Tendenz steigend. In München liegen die Mietpreise bei Neuvermietungen zwischen 14 bis über 20 Euro/qm. Da ist es kein Wunder, wenn immer mehr alteingesessene oder zugezogene Münchner*innen diese Mieten nicht mehr bezahlen können und sich im Umland ansiedeln.

wollen. Auch in unseren Orten ist das Problem bekannt: Sind die Kinder aus dem Haus, leben ältere Menschen in zu großen Häusern. Sie möchten aber vor Ort bleiben, das Angebot an altengerechten Wohnungen ist aber kaum vorhanden.

Es fehlt nicht in erster Linie der Wohnraum, sondern bezahlbarer Wohnraum. Der Bestand an Sozialwohnungen ist rückläufig, trotz Beteuerungen des Bundes und der Länder (siehe Kasten)



Kottgeisering schafft kostenlosen Wohnraum: zumindest sie haben in Kottgeisering ein neues Zuhause gefunden: ein Storchpaar brütet auf dem Dach der Feuerwehr!

Diese Entwicklung wird zwar von den meisten Parteien kritisiert, aber es fehlt der Wille, mit Gesetzen gegenzusteuern.

Die Mietpreisbremse hat bisher versagt, und auch die von der großen Koalition geplanten Änderungen werden wenig bewirken. Welche Mieter*in will angesichts des angespannten Mietmarkts riskieren, bei überhöhten Preisen gegen die Vermieter*in vorzugehen?

Und aus den Münchner Umlandgemeinden kommt oft genug als stereotype Antwort: Wir brauchen Wohnbauland, Gewerbeparks, Straßenausbau.

Unsere Gemeinden können die Probleme von München nicht lösen

Hinzu kommt, dass pro Einwohner*in immer mehr Wohnraum beansprucht wird. Es ist aber auch verständlich, wenn zum Beispiel ältere alleinstehende Mieter*innen bei den heutigen Mietpreisen nicht aus der großen, noch günstigen Mietwohnung ausziehen

Jahrelang vernachlässigt: Sozialer Wohnungsbau

In den letzten 10 Jahren ist bayernweit der Bestand an Sozialwohnungen von 200.000 Wohnungen auf unter 140.000 Wohnungen gesunken. Jährlich fallen im Schnitt ca. 6.000 Wohnungen aus der Sozialbindung.

Die bayerische Staatsregierung will mit dem „Wohnungspakt Bayern“ innerhalb von 4 Jahren bis Ende 2019 jährlich ca. 6.000 - 7.000 staatlich geförderte und finanzierte Mietwohnungen bereitstellen. Die zuletzt beschlossenen Maßnahmen bewirken nur, dass der Bestand an Sozialwohnungen nicht noch weiter zurückgeht. Das ist viel zu wenig! Jährlich sind mindestens 10.000 neue Sozialwohnungen erforderlich, um den gestiegenen Bedarf in Bayern zu decken. Außerdem muss gewährleistet sein, dass auch nach 2019 die jetzt begrenzte Förderung ausreichend finanziert fortgesetzt wird!

Sackgasse „Einheimischen-Modell“

In erster Linie wird versucht, mit sogenannten Einheimischen-Modellen vergünstigtes Bauland bereitzustellen. Aber auch ein vergünstigtes Bauland ist inzwischen so teuer, dass Normalverdiener*innen diese Preise nicht mehr zahlen können. Somit profitieren aber nur diejenigen, die für ein Eigenheim mit Hilfe von Erbschaften etc. die Finanzmittel aufbringen können. Diejenigen, die auf Grund ihres geringen Einkommens oder Rente auf günstigen Miet-Wohnraum angewiesen sind, haben davon nichts.

Die Gemeinden müssen neue Wege gehen.

Die Gemeinden haben durchaus Möglichkeiten, der unheilvollen Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt entgegenzusteuern, wie die folgenden Beispiele zeigen:

⇒ Sparsamer Umgang mit Grund und Boden - effizienter Bauen und Wohnen

Insbesondere in Grafrath gibt es innerorts Flächen, die für eine verdichtete Bauweise in Frage kommen. Es gibt etliche Grundstücke in Grafrath und Kottgeisering, die Erweiterungen zulassen, sodass z.B. eine zusätzliche Wohneinheit auf den vorhandenen größeren Grundstücken entstehen kann.

In Zukunft sollte gemeinschaftliches Bauen anstatt Einzelhäuser von der Gemeinde gefördert werden. Wie das passieren kann, haben wir in den **Grünen Seiten** im letzten Jahr am Beispiel des ehemaligen Märchenwald-Geländes an der Villenstraße Nord aufgezeigt.

Immer wichtiger wird die Förderung von attraktivem Wohnraum für ältere Menschen, die im Ort wohnen bleiben möchten. Erste Ansätze hierzu sind gemacht mit der Bereitstellung von entsprechendem Wohnraum im Bereich des geplanten Supermarkts an der Hauptstraße.

In Zukunft kann die Gemeinde als Anlaufstation dienen, wenn z.B. ältere Menschen ihre Wohnung oder Haus gegen eine altengerechte Wohnung am Ort mit entsprechenden Service-Einrichtungen tauschen möchten.

Eine weitere Möglichkeit ist auch bei uns das Modell „Wohnen für Hilfe“, das zurzeit vom Landratsamt betreut wird. (Siehe Kasten)

Das Modell: Wohnen für Hilfe

In den größeren Städten läuft schon seit mehreren Jahren das Projekt „Wohnen für Hilfe“. Nun gibt es auch im Landratsamt FFB eine Koordination, um insbesondere ältere Menschen als Vermieter*innen mit jungen Menschen, die Wohnraum suchen, zusammenbringen.

Wohnen für Hilfe ist ein gelungenes Beispiel dafür, wie sich Jung und Alt in der Gesellschaft gegenseitig unterstützen können. Es funktioniert im Wesentlichen so: Wer einzelne Zimmer mit Küchen- und Bad-Nutzung zur Verfügung stellen kann, erhält von der Mieter*in für jeden qm Wohnraum eine Stunde Hilfsleistungen im Monat, sei es Gartenarbeit, Hilfe im Haushalt oder sonstige Besorgungen im Alltag.

Wenn auch Sie mehr über das Projekt wissen wollen oder selber Wohnraum zur Verfügung stellen möchten, so wenden Sie sich an folgende Adresse:

Verena Bauer, Landratsamt Fürstenfeldbruck, Münchner Str. 32, 82256 Fürstenfeldbruck, Tel. 08141 519-5632, E-Mail: wohnen-fuer-hilfe@lra-ffb.de

⇒ Kostengünstigen Wohnraum schaffen

Wenn Bauland ausgewiesen werden soll, muss auf alle Fälle die Gemeinde davon profitieren.

Ein wirkungsvolles Instrument ist die "soziale Bodennutzung". Dabei kommen bei neuen Ausweisungen von Bauland ca. 40-50 % der Wertsteigerung der Gemeinde zugute. Davon wird dann die Bereitstellung von sozialem Wohnraum und Aufwendungen der Infrastruktur, wie z.B. Kindergarten oder Krippenplätze beglichen. Dazu erhält die Gemeinde vor der Planung eines neuen Baugebietes einen Teil des Baugrundstückes zum aktuellen niedrigeren Wert.

Wenn die Gemeinde die erworbenen Grundstücke nicht selber nutzt, sollte Sie diese in Erbpacht vergeben, damit sie auch für zukünftige Generationen noch über Grundbesitz verfügen kann.

Diese Erbpacht-Grundstücke können dann an gemeinnützige Wohnbau-Genossenschaften vergeben werden. (siehe unten).

So haben sich auch bei uns Bürger*innen aus Grafrath und Kottgeisering zur Bau-Genossenschaft „Senioren Wohnen Kottgeisering“ (SEWOKO) zusammengeschlossen.

Sie planen aktuell ein Projekt zum Seniorenwohnen und suchen ein geeignetes Grundstück in Grafrath oder Kottgeisering.



Klosterwirt Grafrath: zwischen Traum und Wirklichkeit

Das Wohngebäude sollte schon Ende 2017 fertig gebaut sein. Statt bezahlbaren Wohnraum gibt es „Luxuswohnungen“. Der angrenzende Stadel verkommt weiter als Ruine.



So arbeiten Bau-Genossenschaften:

Wohnungsbaugenossenschaften gibt es seit Ende des neunzehnten Jahrhunderts. Sie wurden gegründet, um der Wohnungsnot in rasch wachsenden Städten zu begegnen. Zu den bekanntesten Projekten gehören sicher die Wiener Gemeindebauten, die über 220 000 Wohnungen im Stadtgebiet zählen. So ist es kein Wunder, dass man sich in Zeiten schnell steigender

Immobilien- und Wohnungsmieten dieses Konstrukts in verschiedenen Ausführungen erinnert und die Grundidee den Wünschen und Realisierungsmöglichkeiten anpasst.

Eine staatlich anerkannte Genossenschaft setzt sich aus Einzelpersonen zusammen, die eine Einlage erbringen, das Stammkapital. Die Genossenschaften werden selbst verwaltet und sollen ihren Mitgliedern gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsver-sorgung gewährleisten. Die Mitglieder bezahlen für den Unterhalt ihrer Wohnung. Die Wohnungsrechte

sind vererbbar. Während die großen Genossenschaften in der Regel auf einen großen Wohnungsbestand zurückgreifen können, der für die Finanzierung weiterer Wohnungen als Sicherheit dient, so haben kleinere Baugenossenschaften oft schon Schwierigkeiten an Grundstücke heranzukommen. Grundstücke in Erbpachtrecht könnten den Bau preisgünstiger Wohnungen für kleinere Genossenschaften, die oft unter dem Titel "Generationenwohnen- Wohnen in der Gemeinschaft" firmieren, zum Erfolg führen.



Wartet in Kottgeisering seit Jahrzehnten auf seine Bewohner*innen: Bauruine mit Bootsanleger und Bergblick am Rande des Ampermoos



Carsharing mit Elektrofahrzeugen: Es geht voran!



Carsharing erfreut sich in Deutschland immer größerer Beliebtheit. Heutzutage benötigen insbesondere junge Leute kein eigenes Auto, schon gar nicht eines als Status-Symbol.

Außerdem können heute längere Fahrten preisgünstig mit Bus und Bahn erfolgen. Für kurze Fahrten gerade innerorts ist das Fahrrad eine gute Alternative zum Auto. „Autotransport“ ist eigentlich das richtige Wort, denn in den meisten Fällen steuert eine Person über eine 1Tonne Blech und Elektronik durch die Straßen. Und 23 Stunden am Tag steht durchschnittlich ein Fahrzeug sowieso.

Carsharing oder Auto-Teilen spart Kosten, denn diese werden auf mehrere Nutzer*innen verteilt. Von einem eigens dafür beauftragten Dienstleister wird die Wartung, Versicherungen, Buchungen usw., übernommen. Gerade für Menschen, die das Auto wenig brauchen, bietet sich das Carsharing an. Darüber hinaus soll ein Beitrag zum Klimaschutz und Umweltschutz geleistet werden. Deshalb ist ein Carsharing mit Elektrofahrzeugen (E-Carsharing) zu befürworten, insbesondere wenn dabei Ökostrom, z.B. aus Photovoltaikanlagen genutzt wird.

Die Anschaffung eines Elektrofahrzeuges ist zwar teurer als ein konventionelles Benzin- oder Diesel-Fahrzeug. Dafür sind die Unterhaltskosten viel günstiger, was sowohl die Wartung als auch der Energiever-

brauch betrifft. Noch immer hat das E-Mobil einen Nachteil: Eine Batteriefüllung reicht oft nur für 200 km. Allerdings erlaubt die verbesserte Speichertechnik demnächst größere Reichweiten. Auch das Netz von öffentlichen Ladestationen entlang von Autobahnen und Bundesstraßen wächst kontinuierlich.

Der Arbeitskreis Energiewende der Agenda 21 hat ein Konzept zum E-Carsharing erstellt und dies den Bürger*innen in den vergangenen Monaten vorgestellt. Die erfolgversprechenden Modelle sehen wie folgt aus:

⇒ Die Gemeinde beteiligt sich bei der Anmietung eines Elektrofahrzeuges und stellt dieses allen Bürger*innen zur Nutzung mit festen Gebühren zur Verfügung.

⇒ Ein Verein, eine Firma oder eine Gruppe von Nutzer*innen beschafft ein E-Mobil und stellt dies anderen Bürger*innen ebenfalls zur Verfügung.

Die Bürgermeister von Grafrath und Schöngesing können sich eine Beteiligung an einem Carsharing-Modell durchaus vorstellen.

Wer sich an E-Carsharing beteiligen möchte, kann sich an die entsprechenden Ansprechpartner*innen wenden:

Grafrath: Roger Struzena Tel. 08144 1592

Kottgeisering: Marion Mahr, Tel. 08144 9964



Gemeinde Grafrath will Radfahren fördern

Nachdem der Landkreis in den letzten Monaten ein Konzept zur Verbesserung des Radverkehrs erstellt hat, hat sich auch die Gemeinde Grafrath verpflichtet, für den Ortsbereich ebenfalls den Radverkehr zu fördern.

Ausgangspunkt dazu bildet der vor 2 Jahren aufgestellte Ortsentwicklungsplan, der eine Reihe von Vorschlägen zur Verbesserung für Fußgänger und Radfahrer enthält, die nun weiter in ein Praktisches Radkonzept umgesetzt werden sollen.

Dazu hat sich unter Beteiligung der Gemeinde ein Kreis interessierter Bürger*innen gebildet. Interessenten hierfür sind weiterhin willkommen und können sich beim Verkehrsreferenten Roger Struzena, Tel. 08144 1592 oder der Gemeinde Grafrath melden.

Interview mit Vertreterinnen des ehrenamtlichen Asylkreises Grafrath – Spenden für medizinische Hilfe

Grüne Seiten: In Grafrath sind zwei der dezentralen Asylunterkünfte aufgelöst worden. Wie viele Flüchtlinge leben derzeit hier im Ort?

Monika Glammert-Zwölfer: Momentan leben hier zwei Familien und sechs alleinstehende junge Erwachsene, die sich noch im Asylverfahren befinden, das sind insgesamt 16 Personen. Außerdem wohnen in Grafrath und Mauern 20 anerkannte Flüchtlinge.

Grüne Seiten: Der Asylkreis unterstützt ja seit mehreren Jahren eine Medizinstation in der syrischen Stadt Afrin. Wie wird dort gearbeitet, nachdem sich die politische Situation in der Region durch den Einmarsch der Türken und ihrer radikalen Verbündeten komplett verändert hat?

Susanne Engelmann: Die Entwicklung ist tragisch und für uns alle unfassbar. Die bis Ende letzten Jahres vom Krieg weitgehend verschont und eher westlich ausgerichtete Kurdenregion Afrin, in der viele geflüchtete Syrer aus anderen Städten Zuflucht gefunden haben, ist durch die willkürlichen und unrechtmäßigen Kriegshandlungen der Türkei von Januar bis März in weiten Teilen zerstört, vor allem die Stadt Afrin und einige kleine Städte nahe der türkischen Grenze. Die meisten der ehemaligen Einwohner sind auf der Flucht, eine große Umsiedelung salafistischer/dschihadistischer Personen nach Afrin hat stattgefunden.



In einem Akt der Willkür wurde allen noch funktionsfähigen Krankenhäusern die Betriebserlaubnis entzogen. Davon betroffen war auch unsere Dialysestation, die in einem kleinen Privatkrankenhaus untergebracht ist. Seit Mitte Mai ist diese wieder für Kranke geöffnet. Allerdings ist die Zahl der Patienten sehr gesunken, da einige Patienten ohne Behandlungsmöglichkeit in der Zwischenzeit bereits gestorben, andere in sichere Gebiete geflohen sind. Wer zurzeit in der Dialysestation aufgenommen und versorgt wird, wissen wir nicht gesichert und aus diesem Grunde werden wir das Spendengeld vorerst nicht dorthin leiten, sondern für die medizinische Nothilfe der geflüchteten Afriner verwenden. Kontakte zu zuverlässigen Hilfsorganisationen wurden bereits hergestellt.

Beim letzten Benefizkonzert am Volksfest in Fürstfeldbruck hat übrigens auch der Bundestagsabgeord-

nete Cem Özdemir im Musikzelt vorbeigeschaut und die Helfer begrüßt, um seine Solidarität mit Afrin und den dort vertriebenen Menschen zu zeigen. Nach wie vor freuen wir uns, wenn viele Menschen unsere Benefizveranstaltungen besuchen und so ihr Interesse und ihre Anteilnahme zeigen. Umfassende Hilfe ist jetzt besonders wichtig. Unser künftiges Benefiz – Engagement werden wir öffentlich mitteilen.

Spendenkonto:

Evang.-Luth.Kirchengemeinde Grafrath

IBAN: DE 97701633700000217360

Betreff: "Asylkreis Grafrath-Dialyse"

Kontakt und weitere Infos:

Benefizteam:

Herr Adel Nibu

syrien-dialyse@asylhelfer.bayern

www.syrienhilfe-dialyse.de

Koordination Asylkreis:

Frau Monika Glammert-Zwölfer

grafrath@asylhelfer.bayern

Grüne Seiten: Welche radikalen Verbündeten haben mit der Türkei gegen die Kurden in Afrin unrechtmäßig gekämpft, woher sind sie gekommen und wer siedelt sie jetzt nach Afrin um?

Susanne Engelmann: Die Presse informiert zurzeit äußerst spärlich, das Thema ist anscheinend nicht mehr aktuell genug.

Wir im Asylkreis haben sehr direkte Informationen durch unsere Asylsuchenden aus dem Landkreis und wollen diese gerne weitergeben.

Wissenswert ist, dass der türkische Staat nicht vorrangig mit türkischem Militär in der Region Afrin eingefallen ist, sondern extremistische Gruppen wie die al-Nusra-Front, ehemalige Anhänger des IS, turkmenische Milizen, wie auch andere salafistische und dschihadistische Gruppen z.B. aus Ost-Ghuta angeworben hat mit der Zusage, dass sie sich im eingenommenen Afrin mit ihren Familien niederlassen könnten. Ziel dieser türkischen Politik ist es die Kurden aus ihrer Heimat zu vertreiben und ganz Afrin mit radikalen, strenggläubigen Muslimen zu bevölkern.

Überall in Afrin werden bereits türkische Militärstützpunkte errichtet und neben den neuen Bewohnern müssen sich auch alle einheimischen Kurden und Syrer auf ihrem eigenen Grund und Boden öffentlich registrieren und mit türkischen Ersatzpapieren ausstatten lassen! Absurd! Warum?

Ein Grund ist: Die Türkei duldet neben sich keine Möglichkeit zu einem weltweiten kurdischen Staat, westlich ausgerichtet, mit der Tendenz zur Selbstbestimmung, Gleichberechtigung der Geschlechter und Religionsausübung ohne Zwang.

Entsprechend willkürlich und unmenschlich verfahren die neuen „Herren“ und Bewohner mit den ansässigen

Kurden, die es gewohnt sind, offen und in Eintracht mit allen Religionen und Ethnien zu leben. Gefängnis, Folter, Vergewaltigung, Morddrohung, Zwangsenteignung oder Zwangsgeld sind jetzt an der Tagesordnung. So wurde auch in den letzten Wochen die gesamte heimische Getreideernte von türkischer Seite beschlagnahmt, dasselbe wird mit den Olivenhainen im Spätsommer geschehen. Die eigenständige Versorgung ist somit aufgehoben, die Kurden mit dem Wunsch nach Unabhängigkeit werden auf allen Fronten in die Knie gezwungen.



Das Konzert „Weltmusikalischer Klangrausch“ in der Michaelkirche sorgte für eine ganz besondere Stimmung. Durch ein leckeres Buffet halfen die Syrer aus Grafrath und Umgebung, die Spendentöpfe für Afrin zu füllen.“

Eine Tragödie für die Afriner und wie so oft schaut die Politik im Westen untätig zu, obwohl es die Kurden wa-

ren, die mit großem Einsatz an der Seite der Amerikaner die islamistischen Terroristen „Islamischer Staat“ so erfolgreich bekämpft haben auch zu unserer Sicherheit in Europa. Ohne sie wäre das nicht möglich gewesen. Solidarität mit diesen Menschen ist jetzt angesagt!

Grüne Seiten: Wie bewerten Sie aus Ihrer langjährigen Erfahrung in der Flüchtlingsarbeit die neuesten Pläne in der Asylpolitik, Stichwort „Ankerzentren“?

Monika Gammert-Zwölfer: Die Intention, dass Asylverfahren beschleunigt und abgelehnte Asylbewerber schneller in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden sollen, ist grundsätzlich zu begrüßen. Wenn dies aber dadurch gewährleistet werden soll, dass viel zu viele Menschen auf engem Raum kaserniert werden und dort ohne Beschäftigung, ohne Kontakt zur ansässigen Bevölkerung und evtl. auch ohne Beschulung für die Kinder ausharren müssen, halte ich das für den falschen Weg. Die Probleme, die aktuell in der Erstaufnahmeeinrichtung am Brucker Fliegerhorst und in anderen Massenunterkünften auftreten, veranschaulichen dies deutlich. Was wir aus meiner Sicht dringend zusätzlich zum Asylrecht brauchen, ist eine legale Möglichkeit für Menschen (z.B. aus Afrika) in unserem Land bzw. in Europa Geld zu verdienen und etwas zu lernen und diese Erfahrungen dann auch bei einer schon im Voraus geplanten Rückkehr in ihre Heimat einzubringen, um diese Länder zu stärken und weiter zu entwickeln.

Statt Abschottung – endlich die Ursachen von Flucht und Vertreibung bekämpfen

Auch wenn uns zurzeit weniger dramatische Bilder aus Syrien erreichen: Nach wie vor finden in Syrien Kämpfe statt, besonders in der Region rund um Daraa in Südsyrien. Über 200.000 Zivilisten sind dort auf der Flucht. Das Nachbarland Jordanien kann keine Flüchtlinge mehr aufnehmen, da jetzt schon 700.000 syrische Flüchtlinge im Land sind. Die Zahlen sind alarmierend. Weltweit sind über 68 Mio. Menschen auf der Flucht. Fast zwei Drittel von ihnen sind Binnenvertriebene, die ihr eigenes Land nicht verlassen haben.

Nur ein ganz kleiner Teil macht sich auf den mühevollen Weg nach Europa. Doch Europa macht an den Außengrenzen dicht. Hilfsorganisationen, die Schiffbrüchige aus dem Mittelmeer retten wollen, werden nicht nur daran gehindert, sondern zunehmend kriminalisiert. Die nächste humanitäre Katastrophe ist abzusehen, wenn die Zahl der Ertrunkenen wie in den letzten Wochen wieder ansteigt.

Die Rechte der geflüchteten Menschen spielen in der Debatte immer weniger eine Rolle. Sie drohen mehr und mehr der Gleichgültigkeit anheim zu fallen – dabei entspricht es dem Selbstverständnis und der Pflicht der Staatengemeinschaft Europas, das Recht auf Leben eines jeden Menschen zu schützen. Dazu gehört natürlich auch die Seenotrettung.

Zurzeit überbieten sich deutsche und europäische Politiker*innen mit Vorschlägen, wie man die Tore Europas vor ungebeten Schutzsuchenden endgültig verschließen könnte.

Immer weniger Asylsuchende erreichen die deutsche Grenze, doch Rechtspopulisten von der CSU, angeführt von Innenminister Seehofer werden nicht müde, mit den Begriffen von Asyltourismus, Anti-Abschiebe-Industrie gegen Asylsuchende zu wettern und gleichzeitig den tausenden Asylhelfer*innen in den Rücken zu fallen.

Integration ist für die CSU inzwischen zum Fremdwort geworden, Abschieben ist die neue Leitkultur. AFD und deren Politik wird hoffähig gemacht.

Und was halten CDU, CSU und SPD davon, trotz großer Ankündigungen endlich mal die Fluchtursachen zu bekämpfen?

Nachdem das Gepolter von Seehofer und Söder scheinbar etwas nachgelassen hat, meldet sich ein weiterer CSU-Minister bescheiden zu Wort. Entwicklungshilfe-Minister Müller beklagt, dass sein Etat in den nächsten Jahren um eine Milliarde Euro gekürzt wird, während gleichzeitig die Militärausgaben um mehrere Milliarden ansteigen. Da hat sein Parteifreund Innen- und Heimatminister Seehofer wohl bei der Finanzberatung im Kabinett geschlafen.

Straßenausbaubeiträge sind abgeschafft – was nun?



Nun ist es amtlich: die Straßenausbaubeiträge sind in Bayern abgeschafft. Das ist erst mal positiv, denn es ist nicht mehr vermittelbar, weswegen z.B. an vielbefahrenen Straßen nur die schon lärmgeplagten Anlieger Beiträge bei Straßen Erneuerungen zahlen sollen, oder wie in der Jesenwanger Straße die Anwohner*innen für die Straßenschäden durch zunehmenden LKW-Verkehr des Gewerbegebietes zur Kasse gebeten werden sollten.

Wer soll das bezahlen?

Als Ersatz will die Staatsregierung den Gemeinden jährlich 100 Mio. Euro zur Verfügung stellen. Das hört sich erst mal viel an, wenn man den Betrag aber anteilig je Einwohner berücksichtigt, so würden Grafrath jährlich weniger als 30.000,- und Kottgeisering weniger als 15.000,- erhalten.

Bedenkt man noch, dass aktuell der Ausbau der Jesenwanger Straße in Grafrath der Gemeinde fehlende Einnahmen von ca. 800.000 Euro beschert, so wird sofort klar: diese 100 Mio. Euro werden bayernweit hinten und vorne nicht reichen.

Und hiermit wird auch das eigentliche Problem sichtbar:

In den sechziger und siebziger Jahren wurden viele Straßen gebaut, die jetzt erneuert werden müssen. In Grafrath war dies bei der Jesenwanger Straße das erste Mal, dass eine Straße komplett erneuert wurde.

So wie bei der Sanierung von Straßen und Brücken wird in den nächsten Jahren in anderen Bereichen wie Schulen, Kitas, Bädern usw. der jetzt schon bundesweit ermittelte Investitionsrückstand von 126 Mrd. Euro noch weiter anwachsen, wenn Bund und Länder die Gemeinden nicht finanziell besser ausstatten. Diese können sich im Moment nur wehren, indem sie die sogenannten Hebesätze bei der Gewerbesteuer oder bei der Grundsteuer anheben.

Wer in dieser Situation den Bürger*innen noch Steuerenkungen verspricht, verkennt vollends die Situation, vor der die Kommunen insbes. in den Großstädten in den kommenden Jahren stehen.

Endlich eine gerechte Steuerpolitik

Deshalb ist es umso wichtiger, eine gerechte Steuerpolitik zu betreiben. Dazu zählt für uns auch,

- dass Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung stärker bekämpft werden. Hier entgehen dem Fiskus jährlich bis zu 100 Mrd. Euro
- dass klimaschädliche Subventionen von Diesel, Flugbenzin und Strom von ca. 30 Mrd. Euro im Jahr gestrichen werden
- dass Steuerschlupflöcher, wie z.B. Share Deals bei der Grunderwerbsteuer mit Einnahmeverlusten in dreistelliger Millionenhöhe geschlossen werden. (siehe Kasten)

Steuerschlupfloch „Share-Deal“

Seit 2017 ist das Gebäudeensemble Sony-Center am Potsdamer Platz in Berlin auch Symbol für ein millionenschweres Steuersparmodell. Durch einen sogenannten Share-Deal hat sich der neue Besitzer, ein kanadischer Fonds, beim Kauf 66 Millionen Euro Grunderwerbsteuer gespart.

Der Trick: Werden Anteile an Unternehmen (Shares), in denen die Grundstücke enthalten sind, gekauft, braucht der Käufer keine Grunderwerbssteuer zu bezahlen - jedenfalls wenn er weniger als 95 Prozent der Unternehmensanteile erwirbt (Share Deal). Denn die Grunderwerbsteuer fällt erst an, wenn mindestens 95 Prozent dieser Unternehmensanteile (zum Beispiel Aktien) auf den Käufer übergehen.

Die Länderfinanzminister schaffen es nun aber trotz zweijähriger Verhandlungen nicht, das Steuerschlupfloch zu beseitigen. So kommen bisher nur halbherzige Vorschläge: So können Käufer künftig maximal 90 Prozent statt bisher 95 Prozent der Firmenanteile erwerben, ohne Grunderwerbsteuer zu zahlen.

Damit lohnt es sich weiterhin für Investoren, Immobilien zu kaufen und schnell wieder abzustoßen, solange der Wert auch ohne Investitionen steigt. Für die Länder bedeutet dieser faule Kompromiss weiter Verluste in dreistelliger Millionenhöhe. Die Hauptleidtragenden sind aber die Mieter, denn ihre Mieten steigen auch durch diese Immobilienspekulation rasant.

Die Grünen fordern deshalb ein komplettes Verbot der Share-Deals für Immobiliengesellschaften.

Bayerisches Verfassungsgericht stoppt Volksbegehren: Weiter engagiert gegen Flächenfraß vorgehen!

Das Volksbegehren, für das 46.000 Menschen ihre Unterschrift gegeben haben, wurde am 17. Juli gestoppt.



Immer mehr grüne Flächen verschwinden unter Gewerbegebieten. In der Hoffnung auf Gewerbesteuer und Arbeitsplätze planen Gemeinden Gewerbegebiete auf der grünen Wiese ohne Rücksicht auf den unwiederbringlichen Verbrauch an Grund und Boden. Der Boden - ein Gut, das nicht vermehrbar ist - verschwindet unter Parkplätzen, Straßen und riesigen Logistikzentren. Dabei steigt der Bedarf an Bodenversiegelung fast vier Mal so schnell wie das Bevölkerungswachstum: Während die Einwohnerzahl zwischen 2000 und 2015 in Bayern um fünf Prozent zugenommen hat, ist der Bedarf an Siedlungs- und Verkehrsflächen um fast 19 % gestiegen.

Beim Bau von Gewerbegebieten setzt die CSU auf Zersiedelung. Mit dem neuen Landesentwicklungsprogramm wird es künftig sogar noch einfacher, Gewerbegebiete außerhalb von Gemeinden - also auf der grünen Wiese - anzusiedeln. Dieser Flächenfraß ist eines der größten ungelösten Umweltprobleme. Die Leidtragenden sind am Ende wir alle, wenn Naturflächen verschwinden, Ortszentren veröden und der Verkehr zunimmt!

Beim Bau von Gewerbegebieten setzt die CSU auf Zersiedelung. Mit dem neuen Landesentwicklungsprogramm wird es künftig sogar noch einfacher, Gewerbegebiete außerhalb von Gemeinden - also auf der grünen Wiese - anzusiedeln. Dieser Flächenfraß ist eines der größten ungelösten Umweltprobleme. Die Leidtragenden sind am Ende wir alle, wenn Naturflächen verschwinden, Ortszentren veröden und der Verkehr zunimmt!

Flächensparen durch intelligente Planung

Deshalb war dieses Volksbegehren so wichtig. Es sollte dazu führen, dass nicht mehr als fünf Hektar täglich in Bayern noch zubetoniert werden dürfen. Etwa halb so viel wie zuletzt. Es soll gedacht werden, bevor der

Bagger kommt. Z.B. müssen folgende Fragen ernsthaft geprüft werden: Wo können Parkplätze, Supermärkte, Logistikzentren mit einem Stockwerk überbaut werden? Müssen wir Geschäfte mit riesigen Parkplätzen auf der grünen Wiese planen, wenn gleichzeitig innerorts Geschäfte, die fußläufig erreichbar wären, schließen müssen?

Die Staatsregierung und jetzt auch das bayerische Verfassungsgericht argumentieren: Die geforderte Begrenzung des Flächenverbrauchs sei ein zu heftiger Eingriff in die kommunale Planungshoheit. Und vor allem: Das Volksbegehren müsste nach Ansicht des Innenministeriums und des Gerichts selbst definieren, wie denn diese fünf Hektar pro Tag künftig unter den bayerischen Kommunen verteilt werden sollen.

Das Volksbegehren sah vor, dass die zulässigen fünf Hektar pro Tag im Landesentwicklungsprogramm (LEP) festgeschrieben werden sollten. Das LEP ist das zentrale Instrument der Landesplanung, das vom Landtag verabschiedet wird. Möglich wäre zum Beispiel auch ein Zertifikate-Handel für Flächenverbrauch in Bayern oder eine Verteilung der Flächenbudgets durch die regionalen Planungsverbände.

Bayern vorn - beim Flächenfraß

Wenn dann immer noch jährlich 1825 ha neu besiedelt werden dürfen, ist das doch kein heftiger Eingriff in die Planungshoheit der Gemeinden! Schließlich hat die Bundesregierung schon vor längerer Zeit das bundesweite Ziel zur Reduzierung des Flächenverbrauchs auf 5 ha pro Tag festgesetzt. Nur: es hält sich keiner dran, schon gar nicht der Freistaat Bayern: Er liegt beim Flächenfraß bundesweit vorn, wie von Seehofers Innenministerium erst kürzlich bestätigt wurde. Wenn der bayerische Ministerpräsident Söder auf Freiwilligkeit setzt, so heißt das: Weiter so.

Das werden wir nicht hinnehmen.

Grüne wollen Artensterben stoppen

„Alle reden davon, aber keiner tut etwas dagegen. Schon in wenigen Jahren werden wir dafür einen hohen Preis bezahlen. Deshalb wollen wir so schnell und so umfassend wie möglich handeln, um das Artensterben in Bayern zu stoppen.“ Mit diesen drastischen Worten beschreibt **Ludwig Hartmann**, Spitzenkandidat der bayerischen Grünen, ein zentrales Anliegen zur Landtagswahl.

„Wir erleben gerade den dramatischsten Artenschwund seit dem Aussterben der Dinosaurier. Aber gleichzeitig tut die Staatsregierung so, als gehe sie das gar nichts an. Das ist ein fataler Irrtum! Ein paar wenige Zahlen machen das überdeutlich:

43 % bzw. 32 von 76 beobachteten Libellenarten gelten als gefährdet. 45 % der 77 in Bayern verbreiteten Heuschreckenarten stehen auf der Roten Liste. 59 % bzw. 100 von 165 Tagfalterarten in Bayern sind offiziell bestandsgefährdet, 17 weitere Arten stehen auf der Vorwarnliste - Bayerns Schmetterlinge sind also weit

überdurchschnittlich in ihrem Bestand gefährdet. Dazu stehen 42 % der 79 heimischen wildlebenden Säugetierarten aktuell auf der Roten Liste.

Deshalb braucht es sofort ein Bayerisches Artenschutzgesetz, wir können es uns einfach nicht leisten, länger zu warten. Das umfangreiche Maßnahmenbündel konzentriert sich auf drei Bereiche:

1. Wir wollen den Einsatz von Pestiziden und Dünger in der Landwirtschaft und im staatlichen sowie im privaten Bereich drastisch zurückfahren.
2. Wir wollen Lebensräume für unsere Wildtiere und -pflanzen sichern, schützen und wo es geht zusätzlich schaffen.
3. Wir wollen den Förderrahmen im bayerischen Agrarwirtschaftsgesetz anpassen, damit ökologisch wertvolle Kleinstrukturen erhalten oder neu geschaffen werden können.“

Initiative von Kottgeiseringer Bürger*innen für Blühflächen im Dorf:

Artensterben bei Fluginsekten - Antrag auf naturnahe Pflege der gemeindlichen Grünflächen



Zum Erhalt von Blühflächen als Lebensgrundlage für viele Insektenarten fordern Kottgeiseringer Imker*innen, Gemeinderäte Bündnis90/Die GRÜNEN Grafrath/Kottgeisering, der Vorstand des Obst- und Gartenbauverein (OGV) Kottgeisering und die Ortsgruppe des Bund Naturschutz Grafrath/Kottgeisering in einem gemeinsamen Antrag die Einhaltung folgender Maßnahmen:

⇒ **Schnittzeitpunkt frühestens ab 15.06. analog Vertragsnaturschutzprogramm für**

- Grünflächen innerhalb des Gemeindegebietes, sofern nicht anderweitige Nutzungen (z.B. Dorfplatz Maibaumaufstellen, Grünflächen an Spielplätzen, Sportplätze etc.) dagegen sprechen
- Straßen- und Wegebegleitgrün innerhalb des Gemeindegebietes, sofern dies nicht zu Sichtbehinderungen und sonstiger Einschränkungen für die Benutzer und Verkehrsteilnehmer führt.

⇒ **Schnittzeitpunkt ab Anfang September oder in der Vegetationsruhe**

- Flächen außerhalb Dorfgebietes wie z.B. sämtliche Flächen entlang der Bahn
- Feldraine/ Flächen der Gemeinde entlang der gemeindlichen Feldwege

⇒ **Balkenmäher-Mahd auf nicht geneigten Flächen**

⇒ **Verzicht auf den Einsatz von Pestiziden**

⇒ **Verzicht auf den großflächigen Einsatz mineralischer Düngung**



**Mi., 26. September 2018
20 Uhr**

im Bürgerstadel Grafrath:

**Ausbau von Bus und Bahn
Veranstaltung mit dem
GRÜNEN Landtagsabgeordneten
Dr. Martin Runge**

Redaktion:

Peter-Michael Kaifler, Roger Struzena, Gabi Golling,
Elke Struzena

Internet: www.gruene-grafrath.de

eMail: gruene.grafrath@t-online.de

Information: Elke Struzena, Tel. 08144 1592